

Joachim Braun/Julia Elwing/Werner Rätz

Rente statt Rendite!

Eine solidarische und armutsfeste
Alterssicherung ist möglich

VSA:



Joachim Braun/Julia Elwing/Werner Rätz
Rente statt Rendite!

Joachim Braun unterrichtet u.a. Wirtschaft und Politik und ist aktiv in der Finanzmarkt-AG von Attac Düsseldorf.

Julia Elwing ist in der AG Finanzmärkte und Steuern und in Kampagnen bei Attac aktiv.

Werner Rätz ist Mitgründer von Attac Deutschland und aktiv in der AG genug für alle sowie Mitautor mehrerer AttacBasis-Texte.

**Joachim Braun/Julia Elwing/
Werner Rätz**
Rente statt Rendite!
**Eine solidarische und armutsfeste
Alterssicherung ist möglich**

www.attac.de

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag Hamburg GmbH 2025

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten:

Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-96488-243-1

Inhalt

Vorwort	7
1. Sozialpolitische Relevanz der Entwicklung bei den Renten	9
2. Das deutsche Rentensystem	11
2.1 Die erste Säule: gesetzliche Renten	11
2.2 Die zweite Säule: Betriebsrenten (betriebliche Altersversorgung, bAV)	17
2.3 Die dritte Säule: die Riester-Rente	18
3. Renten und Kapitalmärkte	21
3.1 Das Alter einer Gesellschaft	21
3.2 Das alte Problem der (Um-)Verteilung	24
3.3 Das Interesse der Finanzmarktakteure	29
3.4 Historische und systematische Zusammenhänge	31
3.5 Der Irrtum der »Ansparrente«	34
3.6 Neoliberale Privatisierung und solidarische Alternativen	37
4. Rentenmythen	41
4.1 Renten als Sparobjekt	41
4.2 Die Rolle der Medien	43
4.3 Rentenmythen: Der Komplex Demografie	44
4.3 Wirtschaftlich Mythen	52
Exkurs: Pensionen	57
5. Stabilisierung der gesetzlichen Rente	66
5.1 Die Renten bleiben bezahlbar	66
5.2 Maßnahmen für eine stabile gesetzliche Rente	68

6. Die Aktienrente:	
untaugliches Konzept zur Rentensicherung	70
6.1 Ziele der Aktienrente	71
6.2 Das Generationenkapital	72
6.3 Unterstützung beim demografischen Wandel?	73
6.4 Rendite der Beiträge in der Umlagefinanzierung	73
6.5 Risiken und strukturelle Probleme einer kapitalmarktbasierten Rente	75
6.6 Sichere Rendite für Kapitalgeber	78
6.7 Gefahr der Entsolidarisierung	79
6.8 Vorzüge des Umlageverfahrens gegenüber kapitalgedeckten Systemen	79
6.9 Die Rolle der Produktivitätssteigerung	80
7. Ein Blick in die Rentensysteme	
europäischer Nachbarländer	82
Österreich	82
Niederlande	83
Schweiz	84
Gesamtschau	85
8. Vorschlag für ein solidarisches	
und armutsfestes Rentensystem	86
Basisrente	87
Einkommensabhängige Berufsversicherung	88
Literatur und Internetlinks	90

Vorwort

Plötzliche Zusatzausgaben stellen viele Rentnerinnen und Rentner vor große Probleme. Neben der Wohnungsnot und der Kinderarmut sind Minirenten heute zu einem der drängendsten sozialen Probleme geworden. Das war absehbar, als vor 25 Jahren die Diskussion um die angebliche Unbezahlbarkeit der Renten zu einem ersten großen Privatisierungsschritt führte, der Riesenrente. Attac war damals eine der ganz wenigen Stimmen, die davor warnte und von einem »gigantischen Programm zur Wiedereinführung der Altersarmut« sprach.

In diesem AttacBasisText wird zunächst auf das Ausmaß der Altersarmut hingewiesen. Anschließend werden im 2. Kapitel einige Grundstrukturen des deutschen Rentensystems erläutert. Damit soll diese oft etwas sperrige und komplizierte Materie auch für Menschen ohne Vorkenntnisse verständlich werden.

Im Kapitel 3 wird dargelegt, wie das zunächst fortschrittliche Rentensystem funktioniert hat und durch wen und mit welchen Motiven es geschwächt und zunehmend durch private Vorsorge ersetzt wurde. Kapitel 4 setzt sich mit propagandistischen Falschdarstellungen auseinander, mit denen Forderungen nach weiteren »Sparmaßnahmen« bei der Rente begründet werden.

In Kapitel 5 untersuchen wir, wie die gesetzliche Rente wenigstens stabilisiert werden könnte. Wieso die zuletzt oft propagierte Aktienrente keine sinnvolle Lösung darstellt, wird in Kapitel 6 dargelegt. Ein Blick in die Nachbarländer im Kapitel 7 zeigt, was manche besser machen. Abschließend wird in Kapitel 8 ein Vorschlag für ein solidarisches und armutsfestes Rentensystem gemacht.

Wir, die Autorin und die Autoren, sind engagiert beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac. Daher stellen wir das Rentenproblem hier in den Zusammenhang mit einer Globalisierung, die in allen Bereichen die Finanzialisierung der Ökonomie vorantreibt und die öffentliche Daseinsvorsorge den Finanzmärkten ausliefert. Dabei machen wir deutlich, wer die wirtschaftlichen Gewinner der Rentendemontage in den letzten Jahrzehnten waren.

Eine gute Rentenpolitik durch das gewählte politische Personal können wir kaum erwarten. Alle Parteien in Bundesregierungsverantwortung haben sich, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen, an der neoliberalen Politik des Sozialabbaus und der Rentenschwächung beteiligt. Auch von den Gewerkschaften kam eher schwacher Protest. Die Rentnerinnen sind eben nicht ihre Kernklientel. Eine bessere Rentenpolitik muss daher durch zivilgesellschaftlichen Druck durchgesetzt werden.

Mit unserem BasisText zur Rentenpolitik möchten wir anderen engagierten Menschen eine kurze und leicht fassliche Darstellung der Rentenproblematik bereitstellen und damit eine Argumentationshilfe in den sozialen Verteilungskämpfen anbieten, die nach der »Zeitenwende« in den kommenden Jahren an Schärfe noch zunehmen könnten, wenn immer mehr Geld in die Rüstung fließen soll.

Wir verwenden in diesem Buch vorwiegend grammatisch weibliche Formen, manchmal auch männliche. Gemeint sind immer alle Geschlechter.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen eine erhellende Lektüre.

1. Sozialpolitische Relevanz der Entwicklung bei den Renten

Altersarmut entwickelt sich zu einem der großen sozialen Probleme in Deutschland. Im Jahr 2024 lag die Standardrente bei circa 1.770 Euro brutto vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen, was schon sehr knapp ist, wenn man Miete bezahlen muss. Doch diese Standardrente (auch »Eckrente« genannt) setzt voraus, dass man 45 Beitragsjahre lang den Durchschnittslohn bekommen hat. Diese 45 Jahre schafft kaum jemand und weniger als die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen bekommt den Durchschnittslohn.

Der »Rentenzahlbetrag« (die Nettorente vor Steuer, also der Betrag, der nach Abzug der Sozialversicherungsabgaben tatsächlich überwiesen wird, aber noch versteuert werden muss), lag 2023 bei durchschnittlich 1.099 Euro. Männer bekamen laut Rentenversicherungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) 1.346 Euro und Frauen nur 903 Euro, Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit lagen bei 972 Euro. 42% der Altersrenten (7,9 Millionen) lagen Ende 2023 auf oder unter dem Grundsicherungsniveau von 942 Euro, eine Zunahme um 800.000 oder 9,5% gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der von kleinen Altersrenten Betroffenen wird aufgrund der bereits bisher erfolgten und künftig noch drohenden Absenkung des Rentenniveaus (von knapp 60% des verfügbaren Einkommens in den 1970er-Jahren auf jetzt unter 50%) und der Einführung eines Niedriglohnssektors in den 2000er-Jahren absehbar noch weiter zunehmen.

2022 bezogen bereits deutlich über eine Million Rentner*innen »Grundsicherung« (statista.com), also Aufstockungsleistungen nach dem Sozialhilferecht, darunter 720 000 Altersrentner*innen. Damit ist der Anteil der von Sozialhilfe abhängigen, armen Menschen unter den Rentnerinnen noch etwas geringer als in der Gesamtbevölkerung. Hier allerdings nicht berücksichtigt ist eine Dunkelziffer von Alten, die Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen hätten, aber diese aus Scham nicht beantragen.

Der Anteil der Armutsgefährdeten ist unter den Rentner*innen jedoch etwas höher als in der Gesamtbevölkerung (destatis.de). Von Armutsgefährdung spricht man, wenn jemand über weniger als 60% des mittleren Einkommens verfügt, also weniger als circa 1.250 Euro. In der Gesamtbevölkerung lag dieser Wert 2022 bei 14,7%, bei den Personen über 65 Jahren lag er bei 18,3% und 2024 schon bei 19,6%.

Dass die Zahlen nicht noch dramatischer ausfallen, liegt daran, dass viele im Laufe ihres Lebens neben ihrer gesetzlichen Rente noch weitere Absicherungen erworben haben. Menschen, denen das nicht möglich war und die allein auf die gesetzliche Rente angewiesen sind, sind inzwischen einer hohen Gefahr ausgesetzt, im Alter zu verarmen.

Frauen sind fast dreimal mehr als Männer von Armutsrenten betroffen, weil sie aufgrund ihrer nach wie vor höheren Beanspruchung bei den Sorgearbeiten oft weniger Beitragsjahre haben und/oder geringere Rentenbeiträge aufgrund von Teilzeitarbeit geleistet haben. Frauen verdienen im Durchschnitt auch weniger als Männer (gender pay gap), was sich in geringeren Renten niederschlägt. Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus würde sie deshalb in besonderem Maße treffen.

Gleichwohl liest man immer wieder Schlagzeilen wie: »Von wegen Altersarmut – So gut geht es deutschen Rentnern« (www.n-tv.de vom 15.11.2024). Dabei werden dann oft alle Haushalte, in denen ein Rentner lebt, als »Rentnerhaushalte« bezeichnet. Solche Haushalte haben aber oft neben der Rente noch andere Einkommen, zum Beispiel Mieteinkünfte, oder ein Ehepartner arbeitet noch. Die Realität wird so verschleiert, denn 39% der Alten sind ausschließlich auf die gesetzliche Rente angewiesen.

8. Vorschlag für ein solidarisches und armutsfestes Rentensystem

Aktuelle Rentenreformdiskussionen sind vor allem bestimmt durch die Auseinandersetzung um die Themen Umlagefinanzierung oder Kapitaldeckung sowie das notwendige Rentenniveau zur Lebensstandardsicherung. Letzteres wird vor allem diskutiert mit Blick auf das österreichische Rentensystem. Das Problem der Absicherung gegen Altersarmut wird dagegen oft ausgeblendet.

Gerade letzteres gewinnt aber neue Brisanz. Lohnabhängige, insbesondere die Geringverdienenden, erwerben im gegenwärtigen System oft eine unzureichende Altersversorgung. Auch Erwerbstätige im Bereich der neuen Scheinselbstständigen (zum Beispiel bei den Lieferdiensten), für die keine Verpflichtung zur Altersvorsorge besteht, sorgen aufgrund des geringen Einkommens wenig vor. Frauen erwerben wegen Kinderunterbrechungen, der geringeren Einkommen und der dominierenden Teilzeitarbeit ebenfalls oft nur geringe Rentenansprüche. Darüber hinaus sind Menschen mit geringen Qualifikationen und Einkommen häufiger und länger arbeitslos. Ob man dann sein Leben lang für den Mindestlohn gearbeitet hat oder niemals einen Job hatte, macht beim Einkommen im Alter kaum mehr einen Unterschied.

Menschen mit höherem Einkommen können während ihres Arbeitslebens leichter Geld zurücklegen, sie erwerben oft Betriebsrentenansprüche, zahlen in Zusatzversicherungen ein und profitieren dabei von Steuersparmodellen. Die Beteiligung von Geringverdienenden an freiwilligen Altersvorsorgeprogrammen wie der Riester-Rente ist dagegen sehr gering, weil jeder Euro für das tägliche Leben benötigt wird. Dieses System führt dazu, dass die Einkommensunterschiede im Alter weit größer sind als während des Arbeitslebens.

Die Alternative sind Rentensysteme wie in Skandinavien, der Schweiz oder den Niederlanden. Dort sind grundsätzlich alle Menschen rentenversichert. Jeder hat Anspruch auf eine Basisrente in Höhe einer Grundsicherung. Altersarmut wird dadurch fast gänz-

lich verhindert. Hinzu kommt eine Berufsrente, deren Leistungen wie bei uns von den Beiträgen abhängen. So führt jede zusätzliche Arbeitsstunde zu Beitragszahlungen und damit zu einer höheren Rente. Deswegen präferieren wir ein solches zweigeteiltes System mit einer deutlichen Umverteilungskomponente.⁶

Unsere Vorstellung für ein armutsfestes und lebensstandardsicherndes Rentensystem ist eingebettet in unsere Vorstellung für ein solidarisches Sozialsystem. Es besteht aus drei Säulen:

- Allgemeine und gleiche Leistungen für alle,
- Einkommens- bzw. beitragsabhängigen Leistungen und
- Leistungen aufgrund besonderer Bedarfe.

Die erste Säule umfasst die allgemeinen Sozialleistungen, die allen Menschen in gleichem Umfang beziehungsweise gleicher Höhe zustehen (Basissozialsystem), also eine einheitliche Bürgerversicherung, in der alle Menschen, die in Deutschland leben, automatisch Mitglied sind. Deutsche Staatsbürger, die temporär im Ausland leben, können für eine Übergangszeit optional Mitglied sein, wenn ihre Arbeitgeberinnen oder sie selbst den entsprechenden Beitrag leisten. Dabei sind folgende Leistungen einbezogen:

- Das Gesundheitssystem einschließlich der Grundkosten der Pflege
- eine Grundrente auf Basis des Einkommensteuerfreibetrages
- eine Kindergrundsicherung
- eine Grundversorgung für Arbeitslose
- eine allgemeine Unfallversicherung.

Basisrente

Die Basisrente als Teil der ersten Säule wird in vollem Umfang an alle gezahlt, die ab dem 20. Lebensjahr 40 Jahre in Deutschland gelebt haben, anteilig bei kürzerer Aufenthaltszeit. Mit einem Beginn ab dem 20. Lebensjahr und der Erreichung der vollen Leis-

⁶ Wir hatten schon oben mit der Bürgerinnenversicherung ein alternatives Modell vorgestellt, das auf den Diskussionen der Attac-AG *genug für alle* basierte und eher langfristig orientiert ist. Die hier dargestellten Überlegungen stammen aus der Attac-AG *Finanzmärkte und Steuern* und verstehen sich eher tagespolitisch.

tung nach einer Aufenthaltsdauer von 40 Jahren bis zum Eintritt in die Rente orientieren wir uns am Schweizer Modell.

Für die Finanzierung der ersten Säule, von der die Basisrente ein Element ist, schlagen wir eine »Allgemeine Sozialabgabe« in Form einer Nationaleinkommensabgabe vor. Diese könnte in Höhe von etwa 15% auf alle Einkommen erhoben werden.⁷ Sie wird von den Firmen entweder auf die gesamten Personalausgaben⁸ und auch auf die Gewinne entrichtet oder als Abgabe auf die gesamte Bruttowertschöpfung erhoben. Selbstständige und Empfänger von Einkommen aus dem Ausland müssen die Sozialabgaben selbst abführen. Da die Beitragsbemessungsgrenze entfällt, gewährleistet dieses System eine einheitliche Belastung aller Einkommen zur Finanzierung der Sozialleistungen der Säule 1. Jede Bürgerin wird entsprechend dem jeweiligen Einkommen gleich belastet und Steuervermeidungsstrategien ein Riegel vorgeschoben.

Einkommensabhängige Berufsversicherung

Die lebensstandardsichernde Berufsversicherung als Teil der zweiten Säule des Sozialsystems ist von den geleisteten Einkommen abhängig und wie bisher eine umlagefinanzierte Pflichtversicherung. Sie wird nach dem Äquivalenzprinzip durch eine Beitragsleistung in Höhe von 10% vom Bruttoeinkommen nach Abzug der Sozialabgaben finanziert. Die Beitragsatzhöhe ist niedriger als im bisherigen System, da durch die Basisrente bereits ein Sockelbetrag vorhanden ist.

Einkommen bis zum Steuerfreibetrag bilden eine Übergangszone, in der Arbeitgeber und Staat Aufstockungsbeiträge leisten. Darüber hinaus ist der Standardbeitragsatz zu zahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt beim Zehnfachen des Steuerfreibetrages. Wer ein höheres Einkommen hat, kann zusätzliche Einzahlungen vornehmen.

⁷ Der Vorschlag stammt von den Ökonomen Emmanuel Saez und Gabriel Zucman (2021). Sie nennen die Abgabe »national income tax«. Die Höhe der Abgabe haben wir grob kalkuliert.

⁸ Personalausgaben sind Löhne, Gehälter, Tantiemen, Boni, Gratifikationen, Aufwandsentschädigungen usw.

Die Progressionszone soll die Belastung von Geringverdienenden senken und damit die Arbeitsaufnahme erleichtern, indem die heutige hohe Einstiegsbelastung reduziert wird. Wer aber will, kann auch voll einzahlen oder sogar zusätzliche Einzahlungen tätigen.

Das Konzept einer Altersversorgung durch eine Basisrente und eine einkommensabhängige zusätzliche Berufsrente zur Lebensstandardsicherung wird in einer Reihe von Ländern wie der Schweiz, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und Australien in verschiedenen Varianten seit Langem praktiziert. Es gewährleistet, dass alle einen Anspruch auf eine Grundversorgung haben, die solidarisch von allen Einkommen finanziert wird. Es gewährleistet aber auch, dass sich jede zusätzliche Einzahlung in die Berufsrente auch in einer Erhöhung der Rente niederschlägt. Es lohnt sich also immer, zu arbeiten und Beiträge zu zahlen.

Damit wird das sichergestellt, was ein Rentensystem leisten muss: Absicherung gegen Armut und Sicherung des Lebensstandards im Alter. Ein solches gerechtes und solidarisches Rentensystem wird nicht einfach vom Himmel fallen. Es muss in politischer Auseinandersetzung und durch soziale Mobilisierung erstritten werden.

Attac wird sich dafür einsetzen.